

N i e d e r s c h r i f t

SA/022/2009

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Rheine
am 11.02.2009**

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt CDU

Ratsmitglied

Mitglieder:

Herr Heinrich Hagemeier CDU

Ratsmitglied

Frau Monika Lulay CDU

Ratsmitglied

Herr Udo Mollen SPD

Ratsmitglied

anwesend ab 18.45 Uhr

Herr Tobias Poeplau CDU

Sachkundiger Bürger

anwesend ab 17.40 Uhr

Herr André Schaper SPD

Sachkundiger Bürger

Herr Joachim Siegler BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sachkundiger Bürger

Herr Dieter Simon CDU

Sachkundiger Bürger

Frau Waltraud Wunder SPD

Ratsmitglied

Frau Sabrina Alves Mota FDP

Sachkundige Bürgerin

Vertreter:

Frau Verena Griggel CDU

Vertretung für Frau
Theresia Overesch

Herr Frank Hemelt SPD

Vertretung für Frau

anwesend ab 17.09 Uhr

Tanja Stolzenberger

Herr Manfred Kraft

Vertretung für Frau
Claudia Banholzer

Herr Friedel Theismann CDU

Ratsmitglied

Herr Falk Toczowski SPD

Ratsmitglied

abwesend ab 18.45 Uhr

beratende Mitglieder:

Frau Regina Allgaier

Sachkundige

Einwohnerin

Herr Stefan Buse

Ausschussmitglied

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg

Beigeordnete

Herr Dr. Thorben Winter

Fachbereichsleiter FB 1

Herr Otto Reeker

Produktverantwortlicher
Schulen

Herr Frank de Groot-Dirks

Fachbereichscontroller

Frau Sabine Völkel

Schriftführerin

Frau Nagelschmidt eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils verweist sie auf einen Antrag der SPD-Fraktion, die heutige Sitzung wegen des beantragten Mensabaus in der Elsa-Brändström-Realschule stattfinden zu lassen. Sie merkt an, dass man seit geraumer Zeit nur noch in den Sitzungsräumen des Rathauses tage, weil alle Sitzungsplätze mit Anschlüsse für die Laptops ausgestattet seien. Bei der nächsten Besichtigungsfahrt des Schulausschusses könne die Elsa-Brändström-Realschule mit berücksichtigt werden. Zu dieser Besichtigungsfahrt, die für den 17.06.2009 geplant ist, soll auch der Bauausschuss eingeladen werden.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung am 26. November 2008

Es werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 26. November 2008 gefassten Beschlüsse

Frau Ehrenberg berichtet zu TOP 6, Raumprogramm für den Erweiterungsbau der „Don-Bosco-Schule“, die Verwaltung habe in der gemeinsamen Sitzung von Bauausschuss und Schulausschuss am 15.06.08 darüber informiert, dass das städtische Gebäudemanagement auf der Basis des vom Schulausschusses beschlossene Raumprogramms Pläne erstellen und eine Kostenschätzung vornehmen solle.

3. Informationen

3.1 - Michaelschule Fenster- und Fassadensanierung Berichterstattung in der Presse zur Michaelschule

Frau Ehrenberg verliest folgende Information:

„Festzustellen ist, dass im Bereich der Fensterleibungen in einzelnen Räumen der Michaelschule in der Vergangenheit Schimmelbildungen aufgetreten sind, die sofort nach Bekanntwerden des Umstandes beseitigt wurden. Die betreffenden Flächen wurden mit einem Fungizid desinfiziert. Das Fungizid wirkt sowohl pilz- und sporenabtötend als auch kurzzeitig/vorbeugend. Die Arbeiten wurden regelmäßig wiederholt, wenn die Schule Auffälligkeiten entdeckt hat.

Neben der Bekämpfung der Schimmelbildung gilt es vor allem deren Ursache zu beheben. Dieses sind in Bezug auf die Michaelschule die ungedämmten Betonstützen (Kältebrücken) im Bereich der Fensterleibungen an denen sich die Raumfeuchtigkeit niederschlägt und das stellenweise schadhafte und gering isolierte Mauerwerk. Aufgrund der Umstände, dass die Fenster der Michaelschule mittlerweile über 35 Jahre alt sind und dringend der Sanierung bedürfen, wurde daher vom Architekturbüro Terhechte & Höfker die Komplettsanierung der Fassade empfohlen. In diesem Zuge werden auch die vorgenannten Mängel, die ursächlich für die Schimmelbildung sind, behoben.

Die Förderbereiche und -bedingungen für das Konjunkturpaket II der Bundesregierung sind bisher noch nicht eindeutig definiert. Da es sich hier um eine energetische Sanierung eines Schulgebäudes handelt, spricht vieles dafür, dass hierfür eine Zuwendung durch das Konjunkturpaket erfolgen könnte. Verbindliche Aussagen können jedoch im Moment noch nicht getroffen werden. Um jedoch die Förderungsmöglichkeit der Maßnahme im Umfang von rund 624.000 Euro durch das Konjunkturpaket II nicht zu gefährden, wurde die Maßnahme im Bauausschuss zunächst (nur) zur Kenntnis genommen.

Unabhängig von der Förderproblematik werden seitens der Verwaltung bereits jetzt die Leistungsverzeichnisse für die Ausschreibung erarbeitet, damit nach Bekanntwerden der endgültigen Fördermodalitäten unmittelbar gehandelt werden kann. Spätestens in der Sitzung des Bauausschusses am 19. März 2009 sollte über die Ausführung der Maßnahme beschlossen werden, damit die Baumaßnahmen zum Beginn der Sommerferien beginnen können. Wünschenswert wäre jedoch ein früherer Ausführungsbeschluss. Dieser könnte ggf. über einen Dringlichkeitsbeschluss realisiert werden.“

3.2. Umwandlung der Fürstenberg-Realschule zur gebundenen Ganztagschule

Frau Ehrenberg verliest den Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Münster vom 22. Dezember 2008. Sie erklärt, dass die Bezirksregierung in der Genehmigung ausdrücklich darauf hinweise, dass die sächlichen, räumlichen und konzeptionellen Voraussetzungen an der Städt. Fürstenberg-Realschule gegeben bzw. geschaffen werden müssten, um den erweiterten Ganztagsbetrieb zum 01.08.2009 schrittweise aufnehmen zu können.

Frau Ehrenberg merkt an, die Fürstenberg-Realschule könne übergangsweise die neue Mensa der Bodelschwingh-Grundschule, die aber nur eine Kapazität von 50 Plätzen habe, mit nutzen. Es seien aber größere Platzkapazitäten notwendig. Deshalb habe die Verwaltung geprüft, ob das Mensa-Gebäude der Bodelschwinghschule aufgestockt werden könne. Eine Aufstockung sei möglich. Diesbezügliche Beschlüsse müssen kurzfristig gefasst werden, damit die Planung schnell erfolgen könne.

Der Bewilligungsbescheid ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

3.3. Ganztagsoffensive in der Sekundarstufe I

Frau Ehrenberg verliest folgende Information:

„In Ergänzung des Erlasses zur Ganztagsoffensive in der Sekundarstufe I hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen die Bezirksregierungen angeschrieben. Im Schreiben, das die Stadt Rheine Mitte Januar erreicht hat, geht es um die Ausweitung der Ganztagsoffensive. Da den Bezirksregierungen zurzeit erst 161 genehmigungsfähige Anträge vorliegen, können nach derzeitigem Stand noch 55 Genehmigungen zum Betrieb einer Ganztagschule genehmigt werden. Das Schulministerium eröffnet daher das Verfahren für weitere Ganztagsgymnasien und Ganztagsrealschulen.“

Einen festen Antragsschluss gibt es nicht, wobei das Genehmigungsverfahren im Dezember abgeschlossen sein sollte.

Der Erlass ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Frau Ehrenberg führt aus, es habe nach Erhalt des Erlasses am 30. Januar 2009 ein Gespräch zwischen den drei Schulleitern der Rheiner Gymnasien und dem Leiter der Elsa-Brändström-Realschule gegeben.

Dabei habe sie gegenüber den Leitern der Gymnasien deutlich gemacht, dass es eine neue Chance gebe, neben der Fürstenberg-Realschule eine zweite Schule in Rheine zur gebundenen Ganztagschule zu machen. Sie habe – das wolle sie an dieser Stelle schon verdeutlichen – dabei vor allem das Kopernikus-Gymnasium im Blick. Durch die Beschlüsse, die Rat und Ausschüsse bereits in den vergangenen Wochen und Monaten gefasst hätten, sei man gerade in Fragen der baulichen Voraussetzungen schon recht weit. Dies wäre für das Kopernikus-Gymnasium ein großer Startvorteil, den andere Schulen nicht hätten. Natürlich würde es eine Übergangszeit geben, in der die räumlichen Ressourcen nicht ausreichen würden. Dennoch meine sie, dass hier eher Chance denn ein Problem zu sehen sei.

Frau Ehrenberg erklärt, dass sie dem Leiter des Kopernikus-Gymnasiums, Herrn Eichel, die Vorstellung des Schulträgers mitgeteilt habe, seitens des Kopernikus-Gymnasiums zum Schuljahr 2010/11 als gebundene Ganztagschule anzutreten. Selbstverständlich sei für die Umwandlung in eine gebundene Ganztagschule die Involvierung der Selbstverwaltungsgremien an den einzelnen Schulen notwendig. Alle Schulleiter hätten ihr zugesagt, diese Thematik an ihren Schulen zu besprechen. Sie werde dazu weiter berichten“.

3.4. Antrag der SPD-Fraktion zur Planung einer Mensa für die Elsa-Brändström-Realschule

Frau Ehrenberg verliest folgende Information:

„Die SPD-Fraktion beantragt für die Elsa-Brändström-Realschule für das Jahr 2009 die Einstellung von Planungskosten für eine Mensa und begründet dies mit der Teilnahme der Schule an der Ganztagsoffensive des Landes.

Sie führt hierzu aus:

„Aufgrund des in der Ganztagsoffensive enthaltenen verpflichtenden Nachmittagsunterrichts ist eine Mittagsverpflegung der sich bereits angemeldeten Kinder, nur allein im Bereich der 6. Klassen, nicht gewährleistet. Die damit ungenügende Versorgung der Schüler kann im Interesse der Kinder nicht hingenommen werden.

Wir schlagen deshalb vor, diese Maßnahme einmal wegen der Realisierung der Ganztagsoffensive sowie im Zusammenhang mit dem Kunjunkturprogramm 2 entsprechend intensiv voranzutreiben und als Förderprojekt vorzuschlagen. Dabei verweisen wir in diesem Zusammenhang auf den Runderlass vom 31.07.2008 (Amtsblatt NRW 8/08 Pkt. 6.2), der eine Umsetzung einer warmen Mahlzeit bis 2011 verbindlich fordert.“

Punkt 6.2 des betreffenden Erlasses hat folgenden Wortlaut: „Eine mehr als nur geringfügige Verkürzung der Mittagspause über den 31. Januar 2009 hinaus ist nur noch solange übergangsweise möglich, bis die Infrastruktur für eine Mittagspause geschaffen worden ist, längstens jedoch bis zum 31. Januar 2011. Dies bedarf der Zustimmung der Schulpflegschaft (..).“

Die Verwaltung nimmt zum Antrag der SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

Im Rahmen der „Ganztagsoffensive der Landesregierung“ konnten (die Frist ist inzwischen verlängert worden) Schulträger der Bezirksregierung Gymnasien und Realschulen benennen, die sie als gebundene Ganztagsschulen einrichten wollen. Die Stadt Rheine hat die Fürstenberg-Realschule gemeldet. Da sichergestellt sein muss, dass in erreichbarer Nähe eine Halbtagschule vorhanden ist, bleibt die Elsa-Brändström-Realschule eine Halbtagsrealschule.

Vorrang hat bei einem Mensabau – weil sie zum 01.08.09 in eine Ganztagsschule umgewandelt wird – aus Sicht der Verwaltung eindeutig die Fürstenberg-Realschule. In einer Übergangszeit wird dort allerdings die Mitnutzung der neuen Mensa der Bodelschwingh-Grundschule (50 Plätze) ausreichen.

Im Rahmen der Ganztagsoffensive des Landes hat die Verwaltung für die pädagogische Übermittagsbetreuung in allen städt. Halbtagschulen der Sekundarstufe I in Rheine für das zweite Halbjahr 2008/09 lfd. Mittel für die Betreuungskräfte beantragt und für die Elsa-Brändström-Realschule einen Betrag von 15.000 € bewilligt bekommen. Ferner hat sie für den städt. Haushalt 2009 Mittel für zwei Küchenhilfen an der Elsa-Brändström-Realschule beantragt. Hierfür wurden in den Haushaltshaltsplanentwurf 12.000 € aufgenommen. Somit sind für eine Übergangslösung, in der das Essen angeliefert wird, aus Sicht der Verwaltung die Voraussetzungen geschaffen, zumal die Elsa-Brändström-Realschule über eine Lehrküche und einen kleinen Speiseraum verfügt.

Die Elsa-Brändström-Realschule selbst hat in der Vergangenheit nie einen Antrag auf Teilnahme einer oder mehrerer Gruppen am „13-Plus-Programm“, welches die Betreuung von wenigstens 15 Schülern in der Zeit von 13:00 – 15:00 Uhr beinhaltet, gestellt und dem Schulträger nie Bedarf für eine Mittagsverpflegung gemeldet. Der Normalfall ist, dass vor der Realisierung einer großen Lösung (Bau einer Mensa) über angeliefertes Essen eine Übergangslösung geschaffen und geprüft wird, ob durch Umbauten im Bestand ein Speiseraum geschaffen werden kann. Hiervon geht offenbar auch die Landesregierung aus, weil die Höchstgrenze des Landeszuschusses nicht sehr hoch ist.

Aus Sicht der Verwaltung sollten Übergangslösungen akzeptiert werden. Die Schülerzahl der Elsa-Brändström-Realschule wird lt. Schulentwicklungsplan bis zum Ende des Prognosezeitraums um rd. 100 Schüler abnehmen, allerdings wird sich dadurch nicht die Klassenzahl reduzieren. Sobald an der Elsa-Brändström-Realschule vier Unterrichtsräume frei werden, könnte, falls keine Gemeinschaftsmensa mit dem Gymnasium Dionysianum errichtet werden soll, der 2004 auf dem Schulgelände errichtete 4-Klassenneubau, in dem bereits Anschlüsse für eine Mensa vorgesehen worden sind, zur Mensa umgebaut werden.“

Frau Ehrenberg nimmt auch Bezug auf ein Schreiben des Schulpflegschaftsvorsitzenden der Elsa-Brändström-Realschule.

Frau Ehrenberg empfiehlt bezüglich des Mensabaus einen Arbeitskreis mit Vertretern der Schule, der Schulpflegschaft und des Schulträgers zu bilden.

3.5. Euregio-Gesamtschule Standort für zwei Pavillonklassen

Frau Ehrenberg verliest folgende Information:

„Der Schulausschuss der Stadt Rheine hat in seiner Sitzung am 26. November 2008 beschlossen am Standort der Euregio-Gesamtschule zwei Pavillonklassen für die Einrichtung eines sechsten Zuges für die Einschulungsjahrgänge 2009/10 und 2010/11 zu erstellen.

Aufgrund der geringen Schulhoffläche im Verhältnis zur Schülerzahl und der vorhandenen Bebauung des Schulgrundstückes sowie im Hinblick auf das Neubauvorhaben der Dreifach-Sporthalle bietet sich auf dem vorhandenen Schulgrundstück kein geeigneter Aufstellungsstandort für die Pavillonklassen an. Daher wurden Gespräche mit der benachbarten evangelischen Kirchengemeinde Johannes geführt, ob eine Teilfläche des Grundstückes des Gemeindezentrums an der Wibbeltstraße für die Errichtung der Pavillonklasse genutzt werden kann und ggf. langfristig durch die Schule als Pausenhoferweiterung zur Verfügung stehen kann. Der Plan ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Die evangelische Kirchengemeinde Johannes ist daran interessiert, mittelfristig das Gemeindezentrum von der Wibbeltstraße zur Johanneskirche (Sternstraße/Bevergernstraße) zu verlegen. Für den beabsichtigten Bau eines neuen Gemeindezentrums an der Bevergerner Straße werden gegebenenfalls Teilflächen des benachbarten Grundstücks (Bevergerner Straße 107) benötigt, welches sich wiederum im Eigentum der Stadt Rheine befindet. Diese Flächen könnten zwischen der Stadt Rheine und der Kirchengemeinde getauscht werden. Da der Grundstückstausch kurzfristig nicht realisiert werden kann, ist zunächst der Abschluss eines Pachtvertrages für die benötigte Aufstellungsfläche der Pavillonklassen beabsichtigt.

Der Standort sowie die Ausstattung und Größe der Pavillonklassen wurden mit der Schulleitung abgestimmt.“

3.6. Antrag der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen bzgl. der Bewerbung von Schulen für ein „Gütesiegel Individueller Förderung“

Frau Ehrenberg verliest folgende Information:

„Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat mit Schreiben vom 25. November 2008 angefragt, ob sich Schulen in Rheine bereits für das „Gütesiegel individuelle Förderung“ beworben haben.

Sollte dies bisher nicht erfolgt sein, so sollte der Schulträger nach dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen die Schulen in Rheine noch einmal ausdrücklich auf die Möglichkeit zu einer Bewerbung ermutigen.

Das Schreiben sei am 27. November 2008 beim Schulträger eingegangen, so dass es in der Sitzung des Schulausschusses am 26. November 2008 nicht mehr verlesen werden konnte.

Mit Schreiben vom 15. Dezember 2008 habe die Verwaltung die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen daher wie folgt informiert:

„Die Schulverwaltung hat die Anfrage der Fraktion zum Anlass genommen hat, bei den städtischen Schulen mit besonderer Förderung bezüglich eines Antrags für ein Gütesiegel individueller Förderung nachzufragen.

Den befragten Schulen – der Grüterschule, Annetteschule, Michaelschule, Bodelschwinghschule und Overbergschule – war die Ausschreibung bekannt.

Die Annetteschule und die Overbergschule haben mitgeteilt, dass sie sich nach einer schulinternen Beratung evtl. zum Schuljahr 2009/2010 bewerben werden.

Seitens der anderen Schulen ist keine Bewerbung beabsichtigt. Offenbar hängt dies auch mit dem aufwendigen Antragsverfahren für die Verleihung eines Gütesiegels zusammen.

Die Grüterschule hat dargelegt, dass sie mit der Arbeit im Kompetenzzentrum schon genug zu tun hat und im nächsten Schuljahr bei ihr und anderen Rheiner Schulen die Schulinspektion ins Haus steht.

Die Verwaltung habe in ihrem Schreiben vom 15. Dezember 2008 Verständnis darüber geäußert, dass sich viele Schulen bei einem aufwendigen Antragsverfahren für die Verleihung eines Gütesiegels zurückhalten würden.

Sehr erfreut sei man darüber, dass die Euregio-Gesamtschule einen Antrag auf Verleihung des Gütesiegels gestellt habe – und – vom Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NRW mit dem „Gütesiegel Individuelle Förderung“ ausgezeichnet werde. Die Preisverleihung wird am 26. Februar stattfinden.

Die Euregio-Gesamtschule sei die erste Schule in Rheine und die dritte im Kreis Steinfurt, die mit dem Gütesiegel ausgezeichnet werde.“

3.7. Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an der Fürstenberg-Realschule

Frau Ehrenberg gibt bekannt, dass die Fürstenberg-Realschule für ihr Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ausgezeichnet worden sei.

3.8. Regionales Bildungsnetzwerk Kreis Steinfurt

Frau Ehrenberg verteilt einen Flyer zum regionalen Bildungsnetzwerk Kreis Steinfurt und führt aus, der Kreis Steinfurt habe zur Umsetzung der Netzwerkidee mit dem Land NRW einen Kooperationsvertrag geschlossen. Hierin seine wichtige Themenbereiche des neu entstehenden Regionalen Bildungsnetzwerkes konkretisiert. Handlungsfelder seien, der Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule, die Sprachförderung, die Weiterentwicklung und Ausbau von Ganztags-

und Betreuungsangeboten, die Strategie zur Verbesserung der individuellen Förderung, die Durchlässigkeit im Schulsystem, das Übergangsmanagement Schule – Beruf, die schulpsychologische Beratung – Sozialarbeit, die Zusammenarbeit Schule - Jugendhilfe, die schulübergreifende Projekte mit außerschulischen Partnern sowie die Zusammenarbeit Kreis – Kommunen.

Die Informationsbroschüre Regionales Bildungsnetzwerk Kreis Steinfurt ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

3.9. Arbeits- und Projektplanung 2009

Frau Ehrenberg stellt anhand einer Folie die Arbeits- und Projektplanung des Schulausschusses im Jahr 2009 vor.

Die Kopie der Folie ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

4. Vorstellung der Arbeit des schulpsychologischen Dienstes

Herr Mangel stellt die Arbeit des schulpsychologischen Dienstes für den Kreis Steinfurt vor und führt aus, dass die schulpsychologische Beratungsstelle mit vier Psychologen auf 3,5 Stellen besetzt sei. 2008 sei eine Aufstockung um zwei Stellen erfolgt, wovon eine Stelle vom Land und eine vom Kreis finanziert werde. Trotz der Personalaufstockung sei der Stellenschlüssel noch Psychologe für 20.000 Schüler/innen. Dienstadresse sei das Gesundheitsamt in Rheine, Münsterstr. 55.

Die Regionale Schulberatungsstelle ist eine Einrichtung des Kreises Steinfurt. Sie ist zuständig für alle allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Häufige Beratungsanlässe seien unter anderem die Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens, Schreibens und Rechnens, die Konzentrations- und Motivationsprobleme, aggressives und störendes Verhalten, die Schuldistanz, die Schul- und Prüfungsangst, Mobbing, der Umgang mit besonderer Begabung, Konflikte, die sich aus dem Beziehungsgeflecht ergeben. Eine Beratung erfolgt auch bei Fragen zu Schullaufbahnentscheidungen (Einschulung, Wahl der Schulform etc.)

Das Arbeitsfeld der Schulberatung zielt darauf ab, Lehrerinnen und Lehrer, Schulleitungen oder Kollegien hinsichtlich ihrer pädagogischen Arbeit über den Einzelfall hinaus zu unterstützen. Hier gestaltet die Beratungsstelle z.B. Lehrerfortbildungen und berät Schulen zu pädagogisch-psychologischen Fragen. Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Supervision von Lehrkräften und Schulleitungen als Einzel- und Gruppenangebot.

Eltern, Schülerinnen oder Schüler, die sich beraten lassen möchten, können sich telefonisch unter 05971/914480 anmelden. Dienstags von 13-15 Uhr und donnerstags von 10-11 Uhr steht ein Schulpsychologe zur Verfügung, um Anmeldungen entgegenzunehmen. Hilfreich ist es, wenn Eltern und Schule bei Schulproblemen zusammenarbeiten. Daher wird gebeten, möglichst zusammen mit der Schule eine „Gemeinsame Anmeldung“ auszufüllen.

Die Informationsbroschüre der Regionalen Schulberatungsstelle für den Kreis Steinfurt, Schulpsychologische Beratung, ist der Niederschrift als Anlage 6 beige-fügt.

5. Sachstandsbericht zur Verbundschule Canisiusschule/Josefschule Rodde

Schulleiter Feldkämper berichtet, dass das Schuljahr turbulenter angelaufen sei, als alle Beteiligten sich das gewünscht hätten. Denn gleich zum Schuljahresanfang sei an beiden Standorten je eine Lehrerstellenbesetzung weggebrochen. So etwas passiere im Schulalltag nicht selten. Aber die Schulaufsicht habe blitzge-scheit reagiert und die beiden letzten zur Verfügung stehenden Vertretungslehrer mobilisiert. Die Verbundschule sei zwar schulrechtlich und schulorganisatorisch eine Einheit. De facto seien es aber zwei Schulen, die nach unterschiedlichen Konzeptionen arbeiten. Hier liege ein wesentlicher Knackpunkt. Anfängliche Be-denken, der kleinere Schulstandort Rodde könne vom größeren vereinnahmt werden, sind nach Einschätzung des Schulleiters schnell ausgeräumt worden. Lehrerkonferenz und Schulkonferenz waren sich einig in dem Ziel, die an beiden Standorten gewachsenen Strukturen im Schulleben so weit wie möglich beizubehalten und, wo möglich, Gemeinsamkeiten anzustreben. Schulorganisatorisch seien einige Aufgaben zusammengeführt worden, die Schulbüros an beiden Standorten sind geblieben. Zweigleisigkeiten und Doppelungen seien unvermeid-bar. Herr Feldkämper betont, der Verwaltungsaufwand reduziere sich nicht. Die Unterrichtskonzeptionen des jahrgangsübergreifenden Unterrichts verlangen von den Lehrern einen immensen Vorbereitungs- und Arbeitsaufwand. Lehrer und Eltern bestätigen indes übereinstimmend, dass die Kinder mit dem Wechsel zwi-schen jahrgangsübergreifender und jahrgangsbezogener Lerngruppen überhaupt keine Probleme haben. Die Kinder gehen gerne in die Schule und lernen nicht weniger erfolgreich als früher. Herr Feldkämper teilt abschließend mit, man sei auf einem guten Weg.

**6. Edith-Stein-Schule; Erstellung von getrennten Umkleiden in der Gymnastikhalle
Vorlage: 087/09**

Frau Ehrenberg verliest folgenden Vermerk:

„Der Schulausschuss ist in seiner Sitzung am 26. November 2008 darüber infor-miert worden, dass die Edith-Stein-Schule einen Antrag auf Erweiterung bzw. Sanierung der Umkleidekabine und des Duschraumes sowie auf Schaffung eines weiteren Klassenraumes zum Schuljahresbeginn 2009/2010 gestellt hat.

Anlass für den Antrag der Schule auf Schaffung eines weiteren Klassenraumes gab das Ergebnis des Anmeldeverfahrens zu den Rheiner Grundschulen im No-vember 2008 sowie die Einschätzung der Anmeldezahlen zum Offenen Ganzttag zum Schuljahr 2009/2010 seitens der Schulleitung.

Der Anstieg der Anmeldezahlen an der Edith-Stein-Schule hängt mit mehreren Faktoren zusammen.

Zum einen ist der Anstieg der Anmeldezahlen an der Edith-Stein-Schule sicher auch das Ergebnis eines guten Ganztagsangebotes an der Schule. Dies spiegelt sich ja auch in der bereits erwähnten und von der Schulleitung kalkulierten An-meldezahl zum kommenden Schuljahr wieder.

Zum anderen profitiert die Edith-Stein-Schule von der Schließung des Schulstandorts Diesterwegschule.

Fakt ist, dass die Edith-Stein-Schule im Schuljahr 2009/2010 im Gegensatz zu den letzten Jahren durchgehend zweizügig sein wird. Somit steigt der Raumbedarf für den Unterricht um einen weiteren Raum an. Gleichzeitig meldet die Schulleitung zum Schuljahr 2009/2010 einen Anstieg im Offenen Ganztags auf 75 Kinder, was gegenüber dem Schuljahr 2007/2008 eine Erhöhung um 100 % bedeutet.

Bei der Beurteilung des Antrags der Edith-Stein-Schule auf Schaffung zusätzlichen Schulraumes ist jedoch zu berücksichtigen, dass zum 01.08.2008 die Schulbezirksgrenzen weggefallen sind.

Bisher hat der Wegfall der Schulbezirksgrenzen kaum bis gar nicht zu Änderungen im Wahlverhalten der Eltern bei der Anmeldung ihrer Kinder geführt. Schwankungen bei den Anmeldezahlen können aber immer dazu führen, dass statt einer großen Klasse zwei kleinere Klassen gebildet werden.

Eine durchgehende Zweizügigkeit muss sich zunächst etablieren, bevor – auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung – ein konventioneller Anbau vorgenommen wird.

Ein Ortstermin am 22. Januar 2009 hat ergeben, dass aus Sicht der Verwaltung eine vorübergehende schulorganisatorische Lösung des Raumproblems möglich ist.

Die Dezernentin hat Herrn Lang persönlich darüber informiert, dass der räumliche Engpass zunächst schulorganisatorisch zu lösen ist. Sollte sich die Zweizügigkeit bis zum Schuljahr 2011/2012 bei gleichbleibenden OGS-Zahlen bestätigen, wird die Verwaltung der Politik eine Planung und Umsetzung eines konventionellen Anbaus vorschlagen.“

Herr Hagemeier und Frau Wunder empfehlen, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen, und in Bezug auf einen konventionellen Anbau und den Bau einer Sporthalle die Schülerzahlentwicklung in den nächsten zwei bis drei Jahren abzuwarten.

Falls die Edith-Stein-Schule durchgängig zweizügig sei, könnten ein konventioneller Anbau und eine Sporthalle geplant werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, in der Gymnastikhalle der Edith-Stein-Schule durch eine Umbaumaßnahme einen zweiten Umkleideraum zu schaffen und die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von 20.000 € aus Mitteln der Gebäudeunterhaltung 2009 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Offene Ganztagsgrundschulen; Finanzielle Auswirkungen durch Qualitätsoffensive
Vorlage: 078/09**

Herr Dr. Winter nimmt Bezug auf die Vorlage. Bezüglich der zusätzlichen Hausaufgabenstunden merkt er an, die Schulen könnten selbst entscheiden, ob sie zusätzliche Stunden für die Hausaufgabenbetreuung zur Verbesserung der Schüler-/Betreuer-Relation bei gleich bleibender Gruppengröße oder zur Verringerung der Gruppengröße einsetzen würden.

Herr Dr. Winter verweist auf den in der Vorlage angesprochenen „Feuerwehrrfonds“ und erklärt, es werde ein Spendenfonds über zunächst 5000 Euro eingerichtet. Das Geld werde auf ein Konto des Jugend- und Familiendienstes eingezahlt und solle – ebenso wie zukünftige Spenden – von ihm eingenommen und auf schriftliche Anforderung der Schulleiter/innen und Leiter/innen der Tageseinrichtungen für Kinder ausgezahlt.

Der Jfd übernehme die treuhänderische Verwaltung.

Herr Dr. Winter geht ein auf die in der Vorlage genannten Musikangeboten und führt aus, es habe am 10.2.09 der genannte Arbeitskreis zum ersten Mal getagt. Es sei seitens der Musikschule ein erstes Konzeptpapier vorgelegt worden. Darin würden mögliche Angebote der Musikschule in der OGS aufgelistet:

- „Musikalische Grundausbildung“ (analog Musikalische Grundausbildung des Verbandes deutscher Musikschulen)
- Rhythmik, Tanz, Bewegung
- Singen im Chor
- Instrumentalensembles: Für Neueinsteiger wie für Kinder, die bereits ein Instrument spielen, ist dies gleichermaßen geeignet. Das Spiel an Orff-Instrumenten (Xylophon, Glockenspiel, Schellentrommeln, Metallophon) wird hier ebenso geprobt wie die Arbeit mit Melodieinstrumenten
- Musiktheater. Diese Gruppe bereitet ein Musiktheater vor.
- Instrumentalunterricht. Hier finden sich Gruppen zusammen, die ein bestimmtes Instrument erlernen möchten, Gruppenunterricht
- Percussion
- Instrumentenbau. Hier besteht die Möglichkeit, einfache Instrumente selber herzustellen
- Musikexkursionen. Gemeinsamer Besuch beispielsweise einer Kinderoper ist möglich
- Konzeptprojekt: Musikschule – allgemein bildende Schule. Musikschule bietet die Möglichkeit, die Lehrer(innen) der allgemein bildenden Schulen zu schulen, z.B. Gitarre oder Blockflöte, Liedbegleitung

Dies sei ein erster inhaltlicher Impuls sein. Begonnen werden könne schon mit ausgewählten Projektpartnern im Schuljahr 2009/2010, immer im Hinblick auf die zur Verfügung stehenden Ressourcen. Im weiteren Verlauf der Arbeitsgruppe werde sich sicherlich auch die Frage nach dem machbaren und dem wünschenswerten Umfang stellen.

Herr Hagemeier und Frau Wunder empfehlen, ab 2009 die Zahl der Stunden für die Hausaufgabenbetreuung entsprechend Vorschlag B der Vorlage um 4800 Stunden zu erhöhen und dafür jährlich 48.000 Euro zusätzlich bereitzustellen.

Beschluss:

1. Im Zuge der vom Schulausschuss am 26. November 2008 beschlossenen 3-jährigen Qualitätsoffensive wird für zusätzlich 4800 Stunden Hausaufgabenbetreuung in den Haushaltsjahren 2009 bis 2011 jährlich zusätzlich ein Betrag von 48.000 € für die offenen Ganztagsgrundschulen (Produkt 1202) bereitgestellt.
2. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Ausweitung und Verbesserung der Musik- und Kunstangebote für das Schuljahr 2010/11 zu erstellen und die Kosten zu ermitteln.
3. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Konzept zur Verbesserung der pädagogischen Qualität und Betreuung für das Schuljahr 2011/12 zu erstellen und die Kosten zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Neuberechnung der Sekretariatsstunden an den Rheiner Grundschulen
Vorlage: 086/09**

Herr Dr. Winter nimmt Bezug auf die Vorlage und merkt an, dass aufgrund einer Neuberechnung eine Anhebung der Sekretärinnenstunden für Grundschulen von 14,5 Stunden auf 15 Stunden pro Woche notwendig sei.

Herr Hagemeier und Frau Wunder befürworten die Änderung des Beschlussvorschlages.

Beschluss:

Der Schulausschuss beschließt, die Sekretariatsstunden an den Grundschulen von zur Zeit 185,5 Stunden pro Woche um 15,00 Stunden pro Woche auszuweiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beratung Haushalts- und Investitionsplan 2009 - 2012 für den Fachbereich 1 - Bildung, Kultur und Sport
Produktgruppen 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen und 12/Zentrale Leistungen für Schüler/innen
Vorlage: 091/09**

Frau Ehrenberg führt aus, die Stadtschulleiterkonferenz habe folgende Anträge gestellt:

- die Anhebung des Gesamthaushalts im Rahmen der jährlichen Inflationsrate
- die Anpassung der Schülerpauschale der Grundschulen an die der Sekundarstufe I von 15,70 € auf 18,50 € je Schüler (Mehrkosten insgesamt 9.200 €)
- die kostenmäßige Berücksichtigung der erhöhten Ausgaben angesichts steigender Sach- und Unterhaltungskosten
- Berücksichtigung von Etatpositionen für die Ausstattung der Schulen für die Übermittags-Betreuung

Die Kämmerei sei der Meinung, dass beim 2. Antrag die Mehrkosten von 9.200 € im Budget des Fachbereichs 1 aufgefangen werden könnten. Deshalb sei dieser Betrag nicht in der Haushaltsplanvorlage enthalten.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, dass die Mehrkosten im Budget des Fachbereiches 1 aufgefangen werden müssen.

Frau Ehrenberg erklärt, für die Erledigung des 4. Antrags seien für Bau- und Einrichtungsmaßnahmen für Übergangsküchen und Speiseräume die unter B 1 der heutigen Haushaltsplanvorlage aufgeführten Beträge von 25.000 € für das Gymnasium Dionysianum und 35.000 € für das Kopernikus-Gymnasium notwendig.

Die Anträge 1 (Anhebung des Gesamthaushalts im Rahmen der jährlichen Inflationsrate) und 3 (kostenmäßige Berücksichtigung der erhöhten Ausgaben angesichts steigender Sach- und Unterhaltungskosten) wurden in der Haushaltsplanvorlage wegen knapper städtischer Mittel nicht berücksichtigt.

Frau Ehrenberg informiert über einen Antrag des Emsland-Gymnasiums, der Elisabeth-Hauptschule und der Grüter-Förderschule bezüglich eines städtischen Zuschusses zum Bau einer Beach-Volleyballanlage

Der beantragte Betrag von 18.000 € müsse für den Ansatz der Technischen Betriebe berücksichtigt werden, falls der Schulausschuss die entsprechende Bezuschussung beschließe.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Vorschlag von Frau Ehrenberg zu, die Schulen zu bitten, zunächst eine Aufstellung über zugesagte Sponsorenbeträge vorzulegen. Danach soll im Schulausschuss entschieden werden, ob der für die Realisierung der Volleyball-Anlage fehlende Betrag von der Stadt finanziert wird.

Frau Ehrenberg verweist auf einen Antrag der Edith-Stein-Schule, die vom Schulausschuss am 26.11.08 beschlossene Höchstgrenze von 60 OGS-Kindern im Schuljahr 2009/10 überschreiten zu dürfen.

Dieser Antrag sei im Zusammenhang mit der Überschreitung der Gruppengrößen in den offenen Ganztagsgrundschulen zu sehen. Falls der Schulausschuss für alle OGS-Schulen einer Überschreitung der von ihm am 26.11.08 beschlossenen Höchstgrenze für die Jahre 2009 ff., somit der Aufnahme von 669 statt 635 OGS-Kindern zustimme, müssten im Haushalt 2009 für den Zeitraum vom 01.08.-31.12. seitens der Stadt für lfd. Mittel zusätzlich 10.625 € und ab 2010 jährlich zusätzlich 25.500 € bereitgestellt werden.

Der Ausschuss beschließt auf Empfehlung von Frau Ehrenberg, für den Haushalt 2009 zusätzlich 10.625 Euro beim Produkt 1202 bereitzustellen und bezüglich zusätzlicher Mittel für die Haushaltsjahre 2010 ff. die Anzahl der OGS-Schüler zum Stichtag 15.10.09 abzuwarten.

Frau Ehrenberg nimmt Bezug auf die Schulausschussvorlage und die auf Seite 3 aufgeführten Änderungsvorschläge zum Entwurf des Haushaltsplanes 2009 ff.

Die SPD-Fraktion beantragt, Planungskosten für den Bau einer Mensa an der Elsa-Brändström-Realschule in den Haushaltsplan 2009 aufzunehmen.

Frau Ehrenberg empfiehlt, über Alternativstandorte für den Bau einer gemeinsamen Mensa für die Elsa-Brändström-Realschule und das Gymnasium Dionysium in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Frau Ehrenberg erläutert die vorgesehenen Änderung zum Haushaltsplanentwurf 2009.

A. Auswirkungen für den Ergebnisplan:

1. Schulpauschale

Am 30.12.2008 ist die aktuelle Übersicht über die Erträge aus der Schulpauschale (Landeszuweisung) der Stadt Rheine zugegangen. Danach ist mit einem Gesamtertrag für 2009 i.H.v. 3.391.197 € zu rechnen. Aktuell veranschlagt im Haushaltsentwurf sind jedoch insgesamt 3.393.019 €, somit 1.822 € zu viel. Um diese Summe ist die Ertragserwartung für 2009 ff. abzusenken.

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

B. Auswirkungen für den Finanzplan

1. Anschaffung von Ausstattung für die Über-Mittag-Betreuung

Aufgrund eines Antrages der Stadtschulleiterkonferenz hat der Schulausschuss am 26.11.2008 beschlossen, für die beiden folgenden Schulen entsprechende investive Mittel für Ausstattungsgegenstände bereit zu stellen. Benötigt werden im Jahr 2009 folgende Mittel:

- Gymnasium Dionysianum:	25.000 €
- Kopernikus-Gymnasium:	35.000 €

Für das Kopernikus-Gymnasium wurde aufgrund einer ersten Schätzung ein Betrag von 25.000 € in der vorgenannten Sitzung beschlossen. Die vorläufige Prüfung durch den Fachbereich 5 kommt zu dem Ergebnis, dass aufgrund der vorzunehmenden Umbauten im Bestand insgesamt 35.000 € benötigt werden (davon 10.000 € Einrichtung).

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Umsetzung des Raumprogramms am Kopernikus-Gymnasium

Der Schula hat am 10.09.2008 das Raumprogramm für das Kopernikus-Gymnasium mit einem Umfang von 1.975 m² einstimmig beschlossen. Im Anschluss daran sind die intern abgestimmten Bauvarianten von Frau Bauer (FB 5) in Anwesenheit von Frau Kurzinsky (FB 5) und Herrn Dr. Winter (FB 1) vorgestellt worden.

Mit Schreiben vom 18.12.2008, hier eingegangen am 22.12.2008, teilt Herr Eichel als Schulleiter des Kopernikus-Gymnasiums mit, dass sich die Schulkonferenz seiner Schule für die Bauvariante 2 entschieden habe.

Für diese Variante hat Fachbereich 5 eine Kostenschätzung gefertigt und in der gemeinsamen Sitzung des Bauausschusses und Schulausschusses am 15.01.2009 vorgestellt.

Dem Vorschlag wurde einstimmig gefolgt. Der zusätzliche Mittelbedarf für die Baumaßnahme beträgt 820.000 € und ist im Fachbereich 5 zu veranschlagen. Die zusätzlichen Investitionen für Einrichtung betragen 84.000 € (Jahr 2010) und sind im Fachbereich 1 zu veranschlagen. Der Gesamtbetrag für die Einrichtungsmaßnahme beläuft sich somit auf 454.000 €.

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Verschiedene Maßnahmen an der Grüterschule

Über den Antrag der Grüterschule auf Durchführung folgender Maßnahmen wurde bereits in der Sitzung des Schulausschusses am 10.09.2008 beraten. Gemäß Beschlusslage werden die zusätzlichen Investitionsmittel – eine Finanzierung aus Bauunterhaltungsmitteln scheidet deshalb aus – aufgezeigt:

(1) Erneuerung der 1982 eingebauten Küche (2009):	70.000 €
(davon 20.000 € für feste Einrichtung/FB 5 und 50.000 € für lose Einrichtung/FB1)	
(2) Gerätschaften für den Maschinenraum (2009):	23.000 €
(3) Möbel für den Textilraum (2009):	5.000 €
(4) Einrichtung für Naturwissenschaften (2010):	50.000 €

Insgesamt: 2009: 98.000 € (Positionen 1-3)
2010: 50.000 € (Position 4)

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

C. Sonstiges

1. Umwandlung der Fürstenberg-Realschule zur gebundenen Ganztagschule

a) Der Rat ist in seiner Sitzung am 28.10.2008 der Empfehlung des Schulausschusses gefolgt, der Bezirksregierung Münster die Fürstenbergschule zur Umwandlung in eine Ganztagschule zum Schuljahr 2009/2010 vorzuschlagen. Die Verwaltung hat den Umwandlungsantrag mit dem Ganztagskonzept der Fürstenbergschule am 24.11.08 an die Bezirksregierung gesandt. Zwischenzeitlich liegt der Bewilligungsbescheid des Landes vor.

In diesem Zusammenhang ist auf den Antrag der Schulleiterin, Frau Probst, hinzuweisen. Sie beantragt mit Schreiben vom 24.11.2008 eine Aufstockung des eingeschossigen Verwaltungstraktes als Ersatz für den auf dem Schulhof aufgestellten ca. 20 Jahre alten Pavillon und für weitere Räume für den Ganztagschulbetrieb.

Verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten sowie die sich hieraus ergebenden baulichen Veränderungen in Verbindung mit den Einrichtungsfragen werden derzeit gemeinsam von den Fachbereichen 5 und 1 unter Einbeziehung der Schule untersucht. Im Anschluss daran erfolgt eine Kostenschätzung, die rechtzeitig zur endgültigen Umsetzung der Maßnahme im Jahr 2010 zu den dann stattfindenden Haushaltsplanberatungen vorgelegt wird.

Der Ganztagsbetrieb wird provisorisch unter Mitnutzung der Mensa der Bodelschwinghgrundschule bereits zum Schuljahr 2009/2010 aufgenommen. Die Raumkapazität der Mensa reiche nur für eine Übergangslösung. Man habe seitens der Verwaltung geprüft, ob eine Aufstockung möglich sei. Die bauli-

chen Voraussetzungen hierfür seien gegeben. Die Planung für die Erweiterung müsse schon bald erfolgen.

Die Ausschussmitglieder sind mit einer Erweiterung des Raumbestandes für die Fürstenberg-Realschule für Zwecke des gebundenen Ganztags einverstanden.

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Umgestaltung des Atriums der Annetteschule zur Pausenhalle/Aula

Die Kosten für die Umgestaltung des Atriums zu einer Pausenhalle/Aula betragen 157.300 Euro und müssen zusätzlich im Haushaltsplan 2009 veranschlagt werden.

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Umbau der Kellerräume der Paul-Gerhardt-Schule für offenen Ganztag

Die Bestandsräume im Keller müssen aufgrund des zusätzlichen Raumbedarfs durch die Gründung einer zweiten Gruppe für den offenen Ganztag nutzbar gemacht werden.

Die Kosten für die Maßnahme betragen 85.000 Euro. Die Mittel müssen im Haushalt 2009 zusätzlich bereitgestellt werden.

Die Schulausschussmitglieder stimmen der Aufnahme der Mittel in den Haushaltsplan 2009 zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 1 für die Produktgruppen 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen und 12/Zentrale Leistungen für Schüler/innen unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Beratung Stellenplan 2009, Fachbereich 1
Produktgruppen 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen
und 12/Zentrale Leistungen für Schüler/innen
Vorlage: 093/09**

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Herr Hagemeier merkt an, die Fachbereichsleiterstelle sei seit nunmehr 1 1/2 Jahren besetzt. Die derzeitige Stellenausschreibung habe eine Höhergruppierung vorgesehen. Er stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, den Stellenanteil von 0,45 Stellen im Bereich Schulen nach Entgeltgruppe 15 einzugruppieren. Aktuell liegt eine Eingruppierung nach EGr 14 vor.

Die SPD-Fraktion befürwortet den Antrag.

Die Schulausschussmitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlagen 2 und 3 der Einladung beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 1/Bildung, Kultur und Sport für die **Produktgruppen 11/Bereitstellung schulischer Einrichtungen und 12/Zentrale Leistungen für Schüler/innen** mit den beschlossenen Änderungen in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen gestellt.

12. Anfragen und Anregungen

Es werden weder Anfragen gestellt noch Anregungen vorgebracht.

Ende der Sitzung:

18.55 Uhr

gez. Resi Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende

Sabine Völkel
Schriftführerin